

14706740  
202-0091000

# Kaukasische Post

Adresse: d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Rindenschl.  
(Kirotschnaja), 27, neben der deutschen Bibliothek.  
Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen)  
von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach H. Bauer).

Erscheint 1mal wöchentlich.  
am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 30 Mk. für 1 Mt. Anzeigen:  
die 3mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten  
Seite 4 R., auf der 2. Seite 3 R.

Nr. 32.

Donnerstag, den 22. April 1920.

12. Jahrgang.

## Deutsches Realgymnasium.

Sonnabend, den 24. April.

### Zu Gunsten der deutschen Bibliothek.

## VORTRAG

des Herrn Oberlehrer Franz Schulz.

Thema:

# Fliegende Menschen.

Im Anschluss:

## Gemütliches Beisammensein bei einer TASSE TEE.

Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr abds. Eintritt 10 Rbl.

Die Verwaltung der Europäisch-Asiatischen Handelsgesellschaft „EURASIEN“ teilt hierdurch den Aktionären zur Kenntnisnahme mit, dass die durch frühere Bekanntmachung auf den 15. April l. J. angesagte außerordentliche Generalversammlung gemäß § 51 der Statuten auf den 1. Mai l. J. um 1 Uhr im Lokale der Gesellschaft, Barjatsinskaja N. 2, vorzeitig worden ist. Die hier angesagte Versammlung ist gemäß § 53 der Statuten in jedem Falle beschlussfähig. Die Tagesordnung bleibt unverändert.

## Zur politischen Lage.

Das Haupt der italienischen Mission in Transkaukasien Oberst Gabba beschäftigt eine Mitteilung, die sich in einem italienischer Blatte findet, nach welcher die leitenden Kreise der Entente bezüglich der künftigen Frage ihren bisherigen Standpunkt zu Gunsten Georgiens geändert hätten. Endgültig werde die Frage auf der Konferenz in St. Remo (Italien), die bekanntlich aus den drei Ministerpräsidenten Lloyd George (engl.), Millerand (franz.) und Mitti (ital.) besteht, und am 19. d. Mts. zu tagen begonnen hat, entschieden werden. Datum mit dem ganzen Gebiet Kaukasien nach hoch zu Georgien, und wäre eine Lösung, die in diesem Sinne erfolgte, nach Meinung der georgischen Presse: der halbamtlichen „Vorba“ u. anderer Blätter, natürlich die einzig richtige, weil sie den Interessen nicht nur Georgiens, sondern auch der übrigen transkaukasischen Republiken in jeder Hinsicht entspräche und weil sie nicht minder mit den Interessen Europas im Einklang stünde, welchen die wirtschaftliche Entwicklung Transkaukasiens durchaus nicht gleichgültig sein könnte. Oberst Gabba soll, wie die „Vorba“ gleichfalls zu berichten weiß, die Meinungsänderung der Entente in der baltischen Frage in Zusammenhang mit dem Ausdruck der öffentlichen Meinung Georgiens in den Demonstrationen des 19. März“ gebracht haben, die den Willen des georgischen Volkes in unabweisbarer Weise bekundet hätten. Von dem Tage sei es klar denn je geworden, daß das georgische Volk aufs äußerste für die Vereinigung des baltischen Gebietes und der Stadt, richtiger — des Landes von Datum kämpfen würde. Schließlich sei von Einfluss auch die Erwägung gewesen, daß die Anarchie in Datum immer weiter um sich greife und das übrige Transkauka-

sien anzuklicken drohe, von wo sie den obengenannten Ländern Osten, d. h. Kleinasien und die dahinter liegenden Länder, mitzuziehen könnte. Als selbstverständliche Voraussetzung gilt bei der zu erwartenden liberale Attitüde an Georgien, daß Oberberdjan und Armenien freien Zutritt dorthin erhalten, wegen von georgischer Seite auch nicht der geringste Widerspruch erhoben wird. — Die „Tribuna“ (ital.) vom 30. 3. gibt eine Unterredung ihres Berichterstatters mit Senator Conti wieder, der hauptsächlich an der Spitze der wirtschaftlichen Mission (ital.) stand, welche vom 15. 2. — 15. 3. in Georgien weilte. Auf die Frage, wie die Italiener im Kaukasus angesehen werden, antwortete C.: „Ausgezeichnet. Wir werden dort besser gesehen als alle übrigen Nationen, soweit sie augenblicklich im Kaukasus vertreten sind, weil wir uns im Auslande am besten zu benehmen wissen. Unser Auftreten ist voller Würde, bei entsprechendem Anpaßungsvermögen und Scharfsinn. Das bringt uns Sympathien ein.“ Neuchaput unterwirft sich unter Verhelfen im Orient wesentlich von dem der Engländer und Franzosen; vierte treiben Gewaltpolitik, letztere eine Politik der Korruption (Verderbnis).“ In wirtschaftlicher Hinsicht, meinte Senator Conti des Weiteren, ignoriere Italien nur dann mit anderen Ländern, also auch mit Georgien, Verbindungen eingehen, wenn es keine Produktionskraft erhöhe. Die Bedingungen, unter denen wir unsere diesbezüglichen Aufgaben zu erfüllen hätten, sind so einfach, daß sie sich von selbst gebieten: Entweder ändere sich die Stimmung bei unseren Arbeitern, und stehen sie von der Verwirklichung ihrer tollen Pläne ab, die auf Zerstückung abzielen, in welchem Falle Italien wirklich ein großes und reiches Land werden könnte, oder die Masse läßt sich, den wahnwichtigen Einführungen Gehör zu schenken, insofern unser Land im Glanz zu gehen beginnt. Aber ich hoffe, daß es aus der Asche wieder emporspringen wird wie ein Phönix (fabelhafter ägyptischer Wundervogel). — 2. Schritt) mit anderen Köpfen, mit anderen Leitern.“ — In Teifis ist eine außerordentliche Delegation der Kuban-Regierung und der Kubanischen Geseßgebenden Rada (Repräsentation, Volksvertretung), mit J. P. Timochenko, dem Vorherrscher der Kubanischen Rada und der Generalversammlung der vereinigten Kuban-, Don- und Terek-Kosaken, an der Spitze eingetroffen, um von den demokratischen Republiken Transkaukasiens schnelle und tatkräftige Hilfe zu erlangen und mit ihnen und den ausländischen Missionen auf dem Wege der Beleuchtung des wahren Charakters der Vorgänge am Kuban auszugetragene Beziehungen zu ermöglichen.“ Die Hilfe, welche Georgien den Kuban-Kosaken, die bekanntlich zurzeit schon von Stetski Behr ergriffen haben, erweisen soll, besteht in der Versorgung derselben mit Lebensmitteln, an denen sie großen Mangel leiden. Wie Timochenko sagt, mit dem Hinzufügen, daß, wenn dies ausbleibe, die ganze Masse der Truppen und der Flüchtlinge aus dem Kuban-Gebiet sich gezwungenermaßen langs der Küste, Georgien zu, fernwölgen würde, wobei natürlich erstere sich in Suchum internieren (in Haft nehmen) lassen müßten. Doch hätten die 40 000 bewaffnete Mannschaften vorläufig nicht an letzteres, sondern jetzt entschlossen, nachdem sie ein wenig ausgeruht haben würden, gegen die Bolschewiki ins Feld zu ziehen und die Heimat von ihnen zu befreien. Was Timochenko im übrigen von dem Verfall der Streitkräfte im Süden Kublands („Freiw. Armee“ und Kosakenarmee) erzählt, klingt weniger schön. Die Politik Denikins sei so fehlerhaft gewesen, seine Unterdrückung der

Demokratie so rücksichtslos, daß es kein Wunder war, weita die Kuban-Kosaken nicht mehr mitmachen wollten und trotz der jährlichen Begegnungen die Front verließen, nach Hause gingen. Die Don-Kosaken hätten auch ihre Front immer weiter nach Süden zurückverlegen müssen, weil die „Freiwilligen“ an den Plänen den Bolschewiki keinen Widerstand mehr zu leisten vermochten, da sie vollständig desorganisiert waren. Die Auflösung der Kuban-Kosaken von der Denikin Regierung, sei leider zu spät erfolgt, als jede Hoffnung auf eine Besserung der allgemeinen Lage an der Front bereits geschwunden war, und so sei ihnen auf der Rückzug auf Quappi bew. Stotich geblieben. Die Don-Regierung und die Vertreter der Terek-Kosaken in der Generalversammlung der Don, Kuban- und Terek-Kosaken (s. oben) seien in die Kritik gerückt und hätten damit ihr Willen zu n. Ausdruck gebracht, auch fernerehin zu Denikin zu halten bzw. zu dessen Nachfolger, General v. Wrangell, der am 4. d. Mts. in Sewardopol das Oberkommando über die „Freiw. Armee“ an Stelle Denikins, welcher auf einem ausländischen Dampfer ins Ausland (Kontinenten) abgedampft ist, übernommen hat. Wie die Antwort der georg. Regierung auf obige Bitte der in Rede stehenden Delegation ausgefallen ist und welcher Art die möglicherweise in Aussicht genommene Hilfe sein wird, darüber verlaute bis jetzt noch nichts. Jedoch sind die Bolschewiki schon bis auf einige Werte vor Stotich vorgedrückt! — In Beantwortung des telegraphischen Anerbietens des oberberdjanischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, mit Ausland den Warenkauf zu beghnen (dieses Anerbieten war nach Moskau durch den Vertreter des Zentral-Vorstandes der russischen Kooperations übermietet worden), ist auf den Namen des oberberdjanischen Ministers für auswärtige Angelegenheiten ein Telegramm folgender Inhalts in Baku eingetroffen: „Hiermit garantiert die Sowjet-Regierung das unbedingte Ein- und Auslaufen von Schiffen sowie die Unverletzlichkeit der Person und des Vermögens aller in Astrachan in Angelegenheiten des Verkehrs und des Transports von Waren, insbesondere von Nachschubartikeln, Eintreffenden. Eine entsprechende Anordnung ergeht gleichzeitig an die astrachanischen Behörden. Den 20. März 1920. Stellvertretender Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten: Kaganow.“ Dieses Telegramm ist im adj. Ministerium erst am 17. d. Mts. eingegangen. In Ergänzung desselben ist ein zweites Telegramm auf den Namen des adj. Ministeriums für Handel und Gewerbe folgender Inhalts eingetroffen: „Zu dem Antrag der Antinahrung von Handelbeziehungen ist mir einvernehmlich 3 Mk. Pa. Nappa und 2 Mk. Rub. Matuz zu kaufen, unter der Bedingung, daß sie in Astrachan im Laufe des Aprilmonats geliefert werden. Weitere Bestimmungen werden wie nach Eingang der Briefe für die Produkte franko Astrachan nach. Stello. Volkskommissar für den Außenhandel: Schewanow.“ („Vorba“, 20. 4.) Obige Telegramme lassen darauf schließen, daß zwischen Oberberdjan und dem Sowjet-Rußland die ersehnten freundschaftlichen Beziehungen“ sich trotz der bedrohlichen Nähe der „roten“ Front anzubahnen beginnen. Derselbe wäre natürlich die „hochgew. russ. Geis“ auch für Georgien bedeuten, beabzweckert, namentlich wenn man nach in Betracht zieht, daß das Sowjet-Rußland dringend der ausländischen Waren bedarf, die es auf Grund einer entsprechenden Verständigung mit der georg. Regierung nun bezugs über Datum-Teifis-Baku beziehen könnte! — Über das Verbleiben der 12 Dampfer der Ra-

Spitellille (s. vor. Nr.) verlaetel immer noch nichts Gewisses. In Baku istakert ein Gerücht, wonach sie in Eusekt mit den Engländern über Verbezug Antauf der Schiffe verhandeln. — Die „tamak“ Konferenz“ hat mehrere Kommissionen (gemischtnationale) gewählt, die sich dortin begeben sollen, wo die armenisch-tatarischen Unruhen stattfinden (Karabagh, Kasach u. a.), um durch ihre persönliche Auftreten dem Buntergehen Einhalt zu tun. — Der tit. Zeitung „Sison“ (arm.) wird aus Pakt berichtet, daß die Londoner Konferenz beschloffen habe, Armenien folgende türkische Gebiete zuzuteilen: Das Wilajet Wan (außer Bistliari), das Wilajet Bittis (außer dem Spertischen Stadthof) und das Wilajet Erjerum (wahrscheinlich ohne Erindjan). Außerdem soll es als „Mazari“ zum Meer“ den Bezirk Konstantin mit der Küste (des Schwarzen Meeres) von der russischen Grenze bis Surmenje und wohl auch einen Handelshafen am Mitteländischen Meer erhalten. Zeitweilig, d. h. bis zur Erbauung einer Eisenbahn von Erjerum nach Ruz oder Arina, wird es das Recht haben, die Bahn Erjerum-Tropyzund und den Hafen von Tropyzund zu nutzen. Von einem Monat Arzeris oder irgend einer anderen Großmacht auf Armenien müsse ganz abgesehen werden. Letzteres hätte aus eigener Kraft zu bestehen. Nur solches zu erzwinglichen, sollen alle Teile des armenischen Volkes in der ganzen Welt zu einem Zusammenschluß (Koalition) auf breiten Grundlage veranlaßt werden. Die „armenische Frage“ werde aber reichlich Ende Mai endgültig gelöst sein, so die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Türkei in keinem Falle vor diesem Zeitpunkt erwartet werde. — Aus Deutschland liegen keinerlei direkte Mitteilungen vor. Die österreichische Presse wagt von „Lösungsbedingungen“ (vom Reich) in Bayern von einem „bewusstseinsvollen zweiten militärisch-monarchistischen Versuch, die gegenwärtige (demokratische) Staatsordnung in Deutschland umzuwälzen“ und von „einem Befehl der deutschen Regierung an die oberste Leitung der Reichswehr im Reichshauptquartier, dieses bis zum Abend des 24. 4. spätestens zu räumen“, in mehr oder weniger ausführlicher Weise zu berichten. Doch sind all diese Meldungen mit Vorsicht aufzunehmen. — Nach Ablehnung des Friedensvertrages von Versailles seitens des Senats soll Alerandriß als „als mit Deutschland wieder in Friedenshande befindlich“ erklärt haben.

**Zur Entwaffnung Deutschlands**

Die französische Presse („Temps“, „Matin“ u. a.) beschäftigt sich sehr seit längerer Zeit, namentlich aber seit der Bezeichnung des Ruhrkohlenreviers durch deutsche

Regierungstruppen, eingehend mit der Frage über die Entwaffnung Deutschlands, die anfänglich „gemäß Art. 211 des Versailles Friedensvertrages am 10. April d. S. bis zum Abschluß des Heeresbestandes von insgesamt nur 100000 Mann durchgeführt sein sollte. Diese Ziffer ist inzwischen von der Entente auf 200 000 erhöht worden, jedoch mit der Bestimmung, daß sie überzähligen 100 000 Mann innerhalb der nächsten 3 Monate, alle spätestens am 10. Juli, entlassen würden.

Die Entente hatte hierbei die Erwägungen der deutschen Regierung gelten lassen, die darin gipfelten, daß im Deutschen Reich die Ruhe noch lange nicht soweit hergestellt sei, daß man darauf rechnen konnte, im Laufe der kommenden 5—6 Monate mit der vertragsmäßigen, geringen Wehrkraft auszukommen. Namentlich die Verhältnisse auf dem Lande, in den ländlichen Betrieben, bei Raubüberfällen und Diebstählen, verbieth von den nach vielen Tausenden zählenden Arbeitslosen, zur Tagesordnung geföhrt und auch eine gewisse Erregung unter den Landarbeitern zu bemerken war, die, wie man annehmen konnte, von den äußeren linken Parteien benutzt worden, hätten selbst die ärztlichen Kreise, künig gemacht, und aus Furcht vor dem größeren Uebel, dem Bolschewismus, war man daher auf das kleinere Uebel, die Befassung einer doppelt starken Wehrmacht, eingegangen.

Nun liegt es mit einemmal in der französischen Gesellschaft, die nur zu empfindlich ist für allerlei Sensationsnachrichten, daß die Entente für den Deutschland habe hinter die Läden fahren lassen. Die Verhältnisse liegen in Deutschland ganz anders, als die deutsche Regierung sie geschildert hat. Die Lage, 200 000 Mann Wehrmacht zu haben, wäre Wasser halten zu dürfen, sei nur nötig gewesen, um in Belgien wieder eine schlachtartige Armees zu schaffen, die im geeigneten Moment über Frankreich herfallen und es um die Früchte jenes Sieges bringen, wenn nicht gar vernichten sollte. Der Beweis hierfür ist in dem Besonderen der militärischen Partei der Alldeutschen, in der von Dr. Köpp und General Hoffmann, insigierten Staatsanwalter, und erst recht in der Vorgängen im Ruhrrevier zu ersehen. Und nun gibt es mit der Agitationer last Da hat es u. a.: Deutschland verfügt über etwa zwei bis vier Millionen Mann, 10 000 Kanonen und zahlreiches Kriegsmaterial, oder wenigstens über 60 Divisionen, gleich Millionen wie die Kriegsmächte der Entente anzugehen gewohnt hat. Welche Lage habe auch Anhaltspunkte genug gehabt, wenn es behauptete, Krupp habe eine Fabrik in Holland begründet und es seien noch andere deutsche Kriegsfabrikanten im Auslande, namentlich in Schweden und Norwegen, vorhanden! Die französische Regierungskommission habe in der Unge-

gend von Köln eine Fabrik entdeckt, in der Dynamit, angeblich zu landwirtschaftlichen Zwecken, hergestellt werde. Deutschland behalte so viel wie nur möglich Leute von der alten Armees im Dienste. In der Reichswehr seien 300 000 Mann eingesetzt, obwohl es im Augenblick nur 200 000 sein dürften. Es gebe freiwillige aus und stelle außerdem auf zu suchenden Abteilungen der Sicherheitspolizei auf. Es mache keine Sinnwahrnehmung für eine Nationalgarde, die sich als Männer zusammensetze, welche den Krieg mitgemacht hätten. Deutschland wende heute Vastelle Solken der Bewaffnung und Ausrüstung des Volkes von bevorstehenden Kämpfe mit seinen angeblichen Ver rücker vom Versailles Friedensvertrage an, das vor 113 Jahren Preußen nach Jena angewandt habe (Freiherr von S. M. Ehrenhoff). Überhaupt berühe Deutschland es, nach Möglichkeit die Bestimmungen des Vertrages zu umgehen.

Die öffentliche französische Meinung erhofft nun alles Beil von der Konferenz in San Remo (Italien), wo „Die Drei“ (d. h. die 3. Ministerpräsidenten: Lloyd George, Clemens und Miller) in Beaugenheit mit einer größeren Zahl von Vertretern aus der Entente, englischen, französischen und italienischen Staatsmänner (diesmal wird auch die belgische Regierung auf eine diesbezügliche Forderung an der Konferenz teilnehmen) u. a. Fragen oder „Kritiken“, der „Journalisten“ etc., die von ihr vor allem zu lösen sind. Die Frage der Entwaffnung Deutschlands unterhandelt werden. Die Konferenz hat am 18. d. Mts. unter dem Vorsitz Miller's zu tagen begonnen. Jenes Durchbruch unterliegt auch die gebührende Proteste der deutschen Regierung hinsichtlich der unzulässigen Befassung der reichsbeherrschenden deutschen Städte im Rheinrevier, bezüglich ihrer Verhaftung, aus Belagerung des planmäßigsten Abzugstermins, bei gleichzeitiger Erhöhung des Heeresbestandes von 200 000 auf 300 000 Mann, was die Abwendung der angelegten der am weitesten ausbreiten und höchst-rechtlichen Bewegung im ganzen Reiches zweifellos vorliegt.

Es ist charakteristisch für das, was die äußerliche französische Zeitung „Humanitas“ in ihrem Hebertrieb für Frankreich zu Begründung der Forderung bezüglich der Entwaffnung Deutschlands vertritt, nämlich daß „die Entente das Ansehen der deutschen Heeresmacht degradieren, um eine Waffe gegen die „Kriegsgewinnler“ zu haben!“

Als Gegenstück zur Bezeichnung der „Humanitas“ kann ein Artikel des „Grenzboten“, des „Journalequips der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, dienen, der eine Act von Enttäuschung über die „Eigene Dummheit“ enthält und unter der Aufschrift „Ein militärischer Gegenstand“ Mitteilungen enthält, die, wenn man sie nicht nur durch die vor-

**Herz und Gemüt**

**Abendlänge.**

Aus der Fern' in weichen Klängen  
Julet' her die Abendluft.  
Aus der alten Zeit Spättagen  
Ein entflohen Leben ruft.  
Es gemahnt an daß und Liebe,  
Steten Kampf und Not und Tod,  
Kühn' und Muth, die geheimster Treibe  
In dem Busen, gahnturchohrt.  
Es gemahnt, daß Erdentriller  
Wir doch bleiben immerdar  
Auf des Daseins Stufenleiter,  
Ob uns blond, ob weiß das Haar.  
Es gemahnt an Jenes Boden,  
Das in tieferer Menschenbrust,  
Ewigjung ununterbrochen  
Kündet vorerstehnd Leid und Lust.  
Aus der Fern' auf lichten Schwingen  
Nähert sich der Sterne Schar,  
Über allem Erdentrungen  
Glantz es still und wunderbar.

**Der Lebenslauf einer Glücklichen.**

**Erzählung von Karl Berkow.**

**(1. Fortsetzung.)**

Alberta sprach eilig nach den Spaziergängerinnen drüben, Erna beschaltete sie mit ihrer Stille.  
„Wie freundlich Du zu jener Frau bist, Franz“, brach die letzte das erdandene Schweigen.  
„Zu Dorette?“ fragte Alberta verwundert. „Sie ist das Beste, kraueste Weien, das es gibt.“  
„Und schuld an Deinem Unglück“, bemerkte Erna mit Nachdruck.  
Albertas süßige Züge veränderten sich nicht.  
„Sie war schuld daran, es ist wahr“, erwiderte sie, „aber hat sie durch verdoppelte Aufopferung, durch tausend Beweise ihrer Treue nicht die Unmöglichkeit gehöhrt, daß sie mich damals fallen ließ? Meine Mutter hat mich oft erzählt, wie Dorette selbst Dorette nach jenem Unfall gesehen; unglücklicher konnten meine Eltern selbst nicht sein. Zweitmal hat sie versucht, sich das Leben zu nehmen, ihr Verlobter mit ihrem Brautigam wollte sie losch, und die Eltern konnten sie endlich nur damit beruhigen, daß sie mich ihr zur Pflege, wie vorher, übergeben.“  
„Das hätte ich an der Stelle Deiner Mutter nie getan“, sprach Erna.  
„O, Erna, laße Dich von meiner Mutter erzählen, wie tief Dorettes Neus war, wie rührend sie für mich in langen Jahren sorgte, Du wüdest ihr verzeihen haben, wie es die Reinen getan. Sie war hoch ein junges, lebhaftes Ding, als jenes Unglück geschah, doch vor der Stunde an hat sie auf jede Neuzes ihres Alters, jeder Zer-

streuung verzichtet. Sie hat das Hand nicht mehr verließen, um nie etwas in meiner Pflege zu verdamnen, sie hat unabhänge Rechte an meinem Werte durchgesetzt, sie ist nicht müde geworden, mich zu unterstützen, mit mir zu lachen, mich zu trösten, und sie hat es, um der gleichen Mühs getan, wie es nur unsere Lehrerin auf Erden können.“

„Dann aber endlich hat sie Dich doch verlassen.“  
„Die Eltern und auch ich drangen darauf, daß sie dem erkrankten Vatter, der zehn Jahre lang sie gewartet hatte, endlich ihr Wort hielt. Sie wollte ja nicht, da sie in sich die Ursache ihrer Schuld erwidete und es als Dinge an sich nahm, auf ihr Lebensglück zu verzichten. Ihr Brautigam war Tischler und kam nach neunjähriger Wanderzeit, in die Stadt zurück. Sie hatte nichts davon gewußt, sie sah ihn plötzlich auf, das Herz zu zerbrechen, und lebhaft, wie sie war, wollte sie mit mir auf dem Arme ihm entgegenlaufen! Die Dorette war frisch geliebter, sie glitt aus ihm herab, — so ist es gekommen, wie die Eltern einst sagten.“

„Kannst Du Dich darauf bestimmen?“ fragte Erna voll Teilnahme.  
„Nein, ich wäre kaum drei Jahre alt. Auch durfte ich Dorette nie danach fragen, als ich größer wurde. Sie wollte dann immer, und ich, hatte sie zu lieb, um sie daran zu trünnern.“

Erna schaute sie in unerschöpflicher Bewunderung an.  
„Du bist ein merkwürdiges Mädchen“, sprach sie nachdenklich.  
Alberta wollte etwas erwidern, daß ihre Aufmerksamkeit wurde durch das Rufen der Aushäuter unten auf-

zeitliche Brille betrachtet, allerdings, dazu geeignet sind, im feindlichen Lager Bedenken wachzurufen. Und nicht zu verwundern ist es daher, daß dieser Tage eine frang. Meldung in die Welt hinausging, nach welcher die „Eisernen“ sich zeigen soll, die Befehle der Völkerröhrigkeit, d. h. der gegenwärtigen keuchenden Regierung, anzuführen. Was läßt den betr. Artikel im ganzen (unverkürzt) hier folgen, um dem Leser die Möglichkeit zu bieten, eine richtige Vorstellung von der Arbeitseffizienz der „Eisernen“ — wohl zu Aus und Frommen des Vaterlandes“ — zu gewinnen. Er lautet:

Die „Eisernen“ in Pommern. — Die Antwort der Agrarier auf den gesellschaftlichen Zusammenstoß der Landarbeiter in Pommern waren Entlassungen der Betriebslosen und „Kümmel“ in weitem Umfange. Wie sich jetzt herausstellt, hatten diese Entlassungen eine tieferer Ursache, als man anfänglich annehmen konnte. Es handelte sich nämlich nicht nur um die Unschädlichmachung ungenügender Arbeiter, sondern vielmehr darum, die zurückgebliebenen Volkstruppen in irgendeiner Form weiter bestehen zu lassen. Wir konnten bereits in der vorigen Morgen Ausgabe eingehend Bericht über die Truppenlager der Baltikämpfer in Pommern erstatten. Uns liegt nunmehr eine „Inkuktion“ für die Gruppenoffiziere in landwirtschaftlichen Betrieben“ vor, die aus Berlin am 15. Februar datiert und von dem Vizepräsidenten Angehöriger der Eisernen Division“ herangezogen worden ist. Unterzeichnet ist die Inkuktion mit Genehmigung des Divisionsführers“ von einem Hans Hauptmann. Die Inkuktion spricht von dem dankenswerten Unternehmen, die Angehörigen der Eisernen Division auf den vorkommenden landwirtschaftlichen Unterabteilungen. Zweck des Unternehmens ist weniger, die ehemaligen Kriegsgeliebten zu landwirtschaftlichen Arbeiten zu verwenden, was ja an und für sich lobenswert wäre, sondern diese Volkstruppen nicht anderen Landarbeitern das Brot wegnehmen, sondern politische Unterstützung der reaktionären Strömungen im wörtlichen Sinne des Wortes. Wie dieser politische Kampf zu verstehen ist, ebendort, worin man das weitere mit dem Flugblatt erzählt, das diesen Gruppenoffizieren, die als „Gäule und Betriebslose“ des Divisionsführers bei den Offizieren untergebracht werden, empfohlen wird, ihre politische Arbeit vor allem den rechtsstehenden Zeitungen vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“, auf gut Deutsch als der monarchistischen Presse, zu entnehmen. Aber das ist das Selbstmitleid noch nicht. In dem Flugblatt heißt es weiter: „Die ehemaligen Angehörigen der Division müssen immer wieder daran erinnert werden, daß sie in Deutschland nicht als verurteilte, sondern als Arbeiter mit einer längeren oder kürzeren Kontrolle geben.“ Und

hier ist das Ende vom Lied: „Zum Schluß mag noch auf die Selbstverständlichkeit hingewiesen sein, daß wir uns streng davon hüten müssen, die letzten politischen Ziele, die uns vorschweben, in der Öffentlichkeit zu betonen.“ Was soll das heißen? Indirekt wird hier doch auf eine politische Kräfteverchiebung hingearbeitet, die mit dem demokratischen Prinzip im Grunde unvereinbar ist. Wie kommt ein Divisionsführer dazu, in dieser Weise sein Amt zu politischen Zwecken zu missbrauchen? Es ist ein Gebot der Selbsterhaltung, daß unsere Regierung hier mit aller Energie eingreift. Wir hoffen, daß sie mit eisernem Willen die pommerschen Truppen von der Invasion der Eisernen Division befreien wird, die nicht nur die Reichsicherheit innerhalb Deutschlands gefährdet, sondern auch durch ihre Scheinblindheit auf eigene Faust der lokalen Ausführung des Friedensvertrages entgegenwirkt.“

**Zur Auslieferung der „Kriegsschuldigen“**

Während die französische Regierung in der Auslieferungssache sich damit einverstanden erklärt hat, die Aburteilung der sogenannten Kriegsschuldigen vor dem Reichsgericht in Leipzig vorzunehmen zu lassen, wurde am 17. 2. — so heißt es in einer Zuschrift an das „Westfälische Ztbl.“ aus Münster — der Agenten der britischen Antikun- und Sodaabrik u. Zinkoff wegen angeblicher Kriegsverbrechen von französischer Gendarmerie verhaftet. Er wird jedenfalls ebenso wie der Schwabener Anwalt aus Ogerheim, der am 11. 2. aus demselben Grunde verhaftet wurde, nach Lille abtransportiert werden. Aus dem gleichen Grunde sind vorher schon verhaftet worden: Fabrikarbeiter Bongel (Spreng), Maschinenbau-Paul Schneider (Schwäger), Hüttenarbeiter Welfch (Wedding), Bergmann St. Angerer, Grubenarbeiter Braun (Gabelsberg), Kaufmann Wilhelm Bender.

Wie aus dieser Mitteilung zu ersehen ist, hält es die französische Regierung offenbar mit ihren Kriegsgegnern für durchaus berechtigt, daß obige Befehle von ihren Agenten geltend gemacht, insbesondere wenn ein Kriegszug in Gange ist in deren Ausgangsgebiet, als übersehen wird. Mit anderen Worten, Frankreich scheint sich das Recht vorbehalten zu haben, diese, nicht nach Gerechtigkeit zu handeln. Demselben Standpunkt, wie die genannten Verurteilten, stehen natürlich in Zukunft noch andere Deutsche, die in der Auslieferungssache verurteilt sind, verfallen. Welche hat es mit fürgerichtet ein solches Interesse, man sollte sich doch halb, weil sie dem Leipziger Reichsgericht ja als Angehörige zu können bestimmt ist, nämlich mitteilen, als ja schließlich, in der angeführten Angelegenheit“ zur Verantwortung gezogen werden sollen. Es dürfte daher den Lesern der „Rauf.“

„R.“ nicht uninteressant sein, die Namen einiger der wichtigsten „Kriegsschuldigen“ zu erfahren, wie wie sie in der betr. Liste, die im „Westf. Ztbl.“ abgedruckt ist, stehen, sowie etliche andere, das sich auf die **Wichtigsten** beziehen.

Vorausgesetzt wird, daß die Auslieferung fordern Frankreich — von etwa 245 Personen, Belgien — gleichfalls ca. 245 und England ca. 75, u. daß der Rest (im ganzen sind es annähernd 900 Personen) auf Italien, Polen, die Tschechoslowakei und den Südslawischen Staat entfällt.

Unter den auf der Liste stehenden Personen befinden sich vier Söhne des vormaligen Kaisers Wilhelm II.: Der Kronprinz und die Prinzen Otili Friedrich, August Wilhelm und Oskar; ferner der Kronprinz Rupprecht von Bayern, Herzog Albrecht von Württemberg, der Großherzog von Mecklenburg und der Herzog von Sachsen, Güntherburg, Lubendorf, De-Generale Hoffmann, Radenau, Klud, Sillow, Pfeiler, Linsingen, Hansen, Gallwitz, Voßmer, Finkenhausen, Großadmiral Tirpitz, die Kommande Gavelle und Scheer u. a. Von politischen Persönlichkeiten wird die Auslieferung des früheren Reichskanzlers Bethmann-Hollweg und des ehemaligen Reichsgenerals in Washington Graf Bernstorff u. a. gefordert.

„Alte die Generale, die vier Jahre lang ihre Armeen geführt haben.“ — so heißt es hierzu das „Westf. Ztbl.“ — wünscht man auf einer französischen oder belgischen Anklagebank zwischen Banden zu sehen? Vier Jahre lang hat man gequält, jetzt sucht man Ruhe und Entschädigung für soviel Angst! Ein ausgehungertes, von der Welt abgeschlossenes Volk hat nach vier Jahren langen Kriege die Waffen brechen müssen, weil es, infolge juchender Fehle und Fortwärt, nicht nur den vereinigten Ententeherren, die es so lange abgequält hatte, sondern auch nach Kriegsgenossenstand. Jetzt kommen die Sieger, die nur durch ihre Uebermacht gelangt haben, und wagen in ihrem ausschweifenden Hochmut die belagerten Feldherren im Schimne herumschleichen. Lassen sie es das entartete Regiment mit den geistigen Säulen und Ehrenzeichen. Diese Säule ist ein Dokument, wie die moderne Geschichte sein dürfte. Ein Dokument, wie die moderne Welt ist. . . . Max Schmitt die Auslieferungssache umsonst für einen schlechten Scherz halten, da die Franzosen, die ja als Hauptverheber dieses Schandstückes gelten müssen, auf dem Gebiete des Geistes (Wiss., Wiss.) etwas hervorgebracht sind. Aber die Entente will, daß wir die Welt ernst nehmen, und darum kann man ihr nur ernsthaft antworten, daß sie nicht uns, sondern ihren eigenen Völkern und ihren eigenen Armeen einen beispiellosen Schand, eine kaum höhere Schande zugefügt hat. . . . Der vollständige Bericht der Entente auf die Auslieferung ist in erster Linie auf die Entschlossenheit der deut-

der Straße abgeleitet. Freundlich ließ sie ihnen weißen Schweiß durch die Nase fließen.

„Sieh, Gena, da sind sie,“ rief sie aus. „Da ist der Vater, da mein Mütterchen, dort die Schwestern und die Kinder. Wie sie alle bezaubert sind! Sie haben mich auch schon erkannt. Da, Vetter Alfred, steht sein rotes Halsband auf den Spinnrocken, um eine Fahne herzustellen. Groß Gott, groß Gott, Ihr Lieben, wie herrlich, das Ihr werdet zu sein!“

Die Bekanntschaft und Dorette waren vergangen, beide Mädchen beobachteten voll Spannung den dunklen, stöhnenden Zug drinnen, der in wenigen Minuten die äußere Gasse vorüber erreicht haben mußte.

Und dann kam es, das Beglückte, wie die wilde Jagd, die Kinder voran, dann die Erwachenden, Vetter Alfred mit seiner roten Fahne, die Schwärmer mit großen Blumensträußen, Albertas Wagen wurde mit Jubelgeschreie umringelt.

„Ich war zuerst da!“  
„Nein, ich!“  
„Nein, ich!“

Und jeder wählte sich die Kränze zuerst zu begründen. Nichts und Niemand stritten sich mit Kränzen auf sie, die Schwärmer legten ihre Straube ihr in den Schoß, jeder der Teilnehmer an dem Auszuge hatte ihr etwas mitgebracht, Rindfleisch, seltene Steine, geschnitzene Bienenkörbe. Jetzt kamen auch die Eltern, die gemäßigteren Schritte den Zug beschloßen. Alberta wies lachend auf ihre Schätze.

„Ist es nicht, Vaterchen, als ob ich heute Geburtstag hätte und nicht Amgard?“ scherzte sie.

Der erste Mann hatte ihre Streifen. „Du hast jeden Tag Geburtstag“, erwiderte er, „denn jeder Tag Deines Lebens ist zum Geburtstag, mein Segenskind.“

Vetter Alfred trat jetzt an den kleinen Wagen.

„Nicht läßt niemand gehen“, beschwört er sie, „und mein Geschenk wird mir gleich mit der Tasche herausspringen.“

„Ich hoffe, Du hast mir keine Freude mitgebracht“, meinte Alberta traurig.

„Nein, ein kleines Geschenk, das keine Eltern ohne ihr Verlassen oder verloren haben“, antwortete der junge Meister, der fräuleinartige Färbung behaltend bevorzuehend. „Ich hoffe, daß der kleine Meister Lamm unter Deiner Hand wandern, Hand zu einem richtigen Barischen heranwächst, und daß Du mich dann zum Braten einladen.“

„Barbar Du!“ schalt Alberta, ihre Wangen in das weiße Fell des jungen Lammes drückend, „erst soll ich Deinen Schilling pflegen, dich gewinnen, und nachher ihn zum Sonntagbraten für Dich schlachten lassen? Darauf wird nichts, das kannst Du glauben.“

„So werde ich den Lamm selbst erziehen“, neckte Alfred, „und ihn mit diesem Straußchen ausstüben.“ Er bot ihr ein stierlich zusammengeschütteltes Straußchen aus dunkelroten Becheln und weißen Anemonen. „Sieh, Deine Lieblingsblumen hatte ich schon früher als den Lamm gefunden.“

„Aber soll ich denn beides haben?“ fragte Alberta erregt.

„O gewiß; alles für den zukünftigen Hofrathen.“  
„Da fürchte ich, wirst Du vergebens um meine Guna.“

„Ich abonniere mich hinter Deinen Rücken den Lamm für alle Sonntage im Jahre zu Lamm.“

„Und ich bringe dafür, daß es dann jedesmal Reizbrei mit Sardellenauce gibt.“

„Alfred, gute Nacht“, sagte Hermine, Albertas Rührgeliebte, die hochherrliche, rief er.

„Ja, heißt Du lieber Alfred“, erwiderte die Herzogin, „wenn man sich mit Alberta nicht außerordentlich gut versteht, geht es keine Beförderung.“

„Beförderung überall“, behauptete der Vetter. „Was kann ich armer Ober tun, als um Gnade bitten? Alberta, Du hast mir noch nicht einmal die Hand für den Vater gegeben.“

„Und noch nicht gesagt, wie sehr ich mich über mein Pflegekind und die Blumen freue.“ sprach Alberta herzlich. „Danke, Dank dafür!“

Der Vater schritt durch seine Dammwägenkunft das Gespräch ab.

„Ich fürchte, es wird zu kühl für Alberta“, sagte er besorgt, „wir müssen in das Haus. Es ist ohnehin Zeit zum Abendessen.“

Er wollte den Wagen hinwegjahren; Alfred legte die Hand an die Rücklehne des Sessels.

„Lasse mich das tun, Dank!“

Der Lebnisrat trat zurück. „Aber nicht zu rasch“, warnte er, als das Gefährt sich in Bewegung setzte. „Sie fürchtet sich, nicht.“

„Nein, nein, ich bin ganz vorsichtig“, versicherte der Herr, den Wagen dem Hause entgegend.

(Fortsetzung folgt)

chen Regierung zurückzuführen, die nach Bekanntwerden der Liste beschließen hatte, „an dem Standpunkt, der aus dem am 26. Januar in Paris überreichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten.“ — In der Entschiedenheit der Regierung ist fernher betont: „Die Reichsregierung hat schon bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages seinen Zweifel darüber geäußert, daß die Durchführung der verlangten Auslieferung unmöglich ist. Diese Regierung, die sie mit der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der Partei teilt, wird sie auch bei den weiteren notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen teilen.“

Die am 26. Januar dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris überreichte deutsche Protestnote, enthaltend die Vorschläge der deutschen Regierung, lautet, wie wir nachträglich den mitteilungs frei eingetroffenen deutschen Zeitungen entnehmen, wie folgt: „Die deutsche Regierung hat bei den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte Anfang Dezember v. J. die verhängnisvollen Folgen dargestellt, die eine Auslieferung der in den Artikeln 228—230 des Friedensvertrages enthaltenen Bestimmungen über die Auslieferung von Deutschen haben würde. Diese Darlegungen sind damals in einer den Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte überreichten, hier nochmals beigefügten Aufzeichnung zusammengefaßt worden. Die deutsche Regierung hat zur Verwirklichung dieser Darlegungen noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das Auslieferungsgebrechen der alliierten und assoziierten Regierungen in Deutschland zweifelslos die schwersten Erschütterungen nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet auslösen müßte. Insbesondere würden die durchgreifenden Maßnahmen, welche die deutsche Regierung zur Vermeidung des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, vor allem auf dem Gebiete der Förderung der Produktion, insbesondere von Kohle, zu ergreifen im Begriffe steht, auf das äußerste gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies würde natürlich die ersten Folgen für die Erfüllung der wirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage unmittelbar nach sich ziehen. In der Aufzeichnung vom 5. November vorigen Jahres wurde zugleich der Weg einer für Deutschland erträglichen und praktisch durchführbaren Regelung der Angelegenheit angedeutet. Die alliierten und assoziierten Hauptmächte haben inzwischen auch Kenntnis von einem weiteren Schritte der deutschen Regierung erhalten, der erneut ihren ersten Willen beweist, die eines Kriegsverbrechens oder Kriegsvergehens schuldigen Deutschen der gerechten Bestrafung zuzuführen. Es handelt sich um das von den deutschen geschickten Korrespondenten einstimmig angenommene, gleichfalls in einem Abdruck angeführte Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechern und Kriegsvergehen vom 18. Dezember 1918. Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ohne daß die alliierten und assoziierten Mächte ihren Willen zu erkennen gegeben hätten, in dieser Angelegenheit den dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung Rechnung zu tragen. In der That, durch die Eintritte der letzten Wochen nur noch verschärften Wiederrufung von dem außerordentlichen Ernste der Situation hält es die deutsche Regierung, aber für ihre unabweisliche Pflicht, in letzter Stunde, noch einmal an die alliierten u. assoziierten Mächte herzutreten, um die Angelegenheit einer die Interessen dieser Mächte befriedigenden, für Deutschland praktisch möglichen Einlösung, auszuführen. Sie wiederholt und präzisiert deshalb noch einmal den bereits früher zur Erwirkung geäußerten Vorschlag und gibt demgemäß folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung wird die deutschen Strafverfolgungsbehörden anweisen, gegen alle Deutschen, die ihr von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übersendenden Materials einzuleiten. Sie wird alle Gesetze, die der Einlösung eines solchen Verstoßes etwa entgegenstehen, außer Kraft setzen, insbesondere die bestehenden Amnestiegesetze insofern aufheben. Zusätzlich für das Strafverfahren soll das höchste deutsche Gericht, das Reichsgericht in Leipzig, sein. Außerdem wird der jeweils beteiligten alliierten und assoziierten Regierung das Recht eingeräumt, sich an dem Verfahren unmittelbar zu beteiligen. Weiter den Umfang dieser Beteiligung könnte eine besondere Vereinbarung getroffen werden. Es wäre z. B. eine Regelung in dem Sinne denkbar, daß die beteiligte alliierte oder assoziierte Macht dem Betroffenen einen Ver-

treter ihrer Interessen beibringt, der befragt wäre, von allen die Sache betreffenden Schriftstücken und Akten Kenntnis zu nehmen, neue Beweismittel vorzulegen, Zeugen und Sachverständige zu benennen, sowie überhaupt Anträge zu stellen und für die Interessen der verletzten Partei zu plädieren. Allen von dem Vertreter gestellten Beweisanträgen würde stattzugeben sein. Solche Zeugen und Sachverständige, die Angehörige einer alliierten oder assoziierten Macht sind, würden auf Antrag des Vertreters von den zuständigen Gerichtsbehörden ihres Heimatstaates vernommen werden, wobei dem Angeklagten oder seinem Verteidiger die Anwesenheit zu gestatten wäre. Die von dem Reichsgericht erlassenen Urteile würden mit ihrer Begründung veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung ist ferner bereit, über die Einsetzung einer zweiten Instanz in Verhandlung zu treten. Die deutsche Regierung ist fest davon überzeugt, daß sich auf diesem Wege, und nur auf diesem Wege, die den Artikeln 228—230 des Friedensvertrages zugrunde liegenden Absichten der alliierten und assoziierten Mächte tatsächlich verwirklichen lassen. Würden diese Mächte entgegen der der Auslieferung der angeschuldigten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig den ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldig fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der obliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.“

Die oben erwähnte „Aufzeichnung“ enthält u. a. folgende bemerkenswerte Stellen: „Wenn trotzdem die deutsche Regierung versuchen würde, die Auslieferung durchzuführen, so würde sie auf allen Seiten auf den schärfsten Widerstand stoßen. Zunächst würde es wahrscheinlich notwendig sein, ein neues Gesetz zu schaffen, auf Grund dessen sie zwangsweise zur Ausführung der Auslieferung, besonders zur Festnahme der auszufreisenden Personen zögen könnte. Ein deraußerer Gesetzentwurf würde in der Nationalversammlung nicht die nötige Stimmenmehrheit finden. In ihren eigenen Parteien würden die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung nicht Geselligkeit finden, denn jede Partei, welche dem Gesetz zustimmen würde, würde bei den nächsten Wahlen Inkompetent (blödsinnig) sein. Selbst wenn ein solches Gesetz angenommen werden würde, würden die Anordnungen der Regierung hinsichtlich der Auslieferung, in Wirklichkeit unausführbar sein. Die Beamten, welche bei der Auslieferung ihrer Volksgenossen mitzuwirken hätten, würden das Gefühl haben, persönlich dafür verantwortlich zu sein, und würden sich nicht dazu ergeben, einen Deutschen festzuführen um ihn den fremden Gerichten auszuliefern. Die Regierung würde gegenüber einer solchen Haltung ohnmächtig sein. Sie könnte diese Beamten aus ihren Stellungen entfernen, aber sie würde keine anderen finden, die mehr geneigt wären, sich ihrer Befehle zu fügen. Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten würde die deutsche Regierung, wenn sie Anordnungen dieser Art geben würde, einen solchen Sturm der Entrüstung entfachen, daß sie sich sowohl gegenüber dem Lande, wie dem Parlament und den Reichsvertretungen in einer außerordentlich schwierigen Lage befinden würde, deren Folgen in einzelnen nicht näher beschreiben zu werden brauchen. Es ist also sicher zu betonen, daß durch das Auslieferungsgesetz alle Bemühungen um den Frieden auf das schwerste gefährdet würden in dem Augenblick, wo der Friede sich nach unendlichen Schwermühen zu verwirklichen scheint.“

Die Auslieferung von deutschen Volksgenossen würde die größten Gefahren für das ganze politische Leben, ja sogar für die politische Existenz Deutschlands nach sich ziehen. Die gegenwärtige Regierung sieht keinen Ausweg aus dieser Lage.

Weber die inzwischen bereits eingeleitete Strafverfolgung der Hochverräter enthält die „Frankfurter Zig.“ vom 12. 3. folgende Meldung aus Berlin vom Tage vorber: „Der deutsche Gesandte in London hat dem Premierminister Lloyd George eine Note überreicht, in welcher die deutsche Regierung mitteilt, daß sie die Liste der von d. Entente beschuldigten u. Oberkriegsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig übermittelte habe, damit gemäß dem Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen das Erforderliche veranlaßt würde. Weiter heißt es in der Note: „Inzwischen ist ein von der deutschen Regierung eingebrachter Gesetzentwurf zur Festsetzung dieses Gesetzes von der Nationalversammlung ange-

nommen worden. Zunächst beseitigt dieses Gesetz alle Hindernisse, die einem neuen Verfahren infolge einer Amnestie oder dergleichen entgegenstehen könnten.“ Weiter schreibt das Gesetz vor, daß eine Einleitung des Verfahrens oder die Ablehnung der Wiederaufnahme eines früheren Verfahrens nur durch Entscheidung des Reichsgerichts selbst erfolgen kann. Die bezeichneten Vorschriften geben alle notwendigen gesetzlichen Garantien für eine erschöpfende und unparteiische Untersuchung.“ Die Note protestiert ferner gegen die Verhaftung und Verurteilung Deutscher, die in den besetzten deutschen Gebieten leben, durch alliierte Gerichte. Sie fordert, daß derartige Verhaftungen nicht mehr vorgenommen und die bereits festgenommenen Deutschen den deutschen Gerichten zur Verfügung gestellt werden. In gleicher Weise würden auch diejenigen Deutschen in die Heimat zu entlassen sein, die bisher wegen Beschuldigungen in der bezeichneten Art in Gefangenschaft zurückgehalten worden sind.“

### Aus dem deutschen Leben.

Titika.

Am nächsten Sonntagabend findet im deutschen Realgymnasium ein Vortrag (S. Ingeles) und im Anschluß an ihn ein gemüthliches Beisammensein statt. Der Reingewinn des Abends ist für die deutsche Bibliothek bestimmt. Niemand, der den Kulturwert zu schätzen weiß, den eine solche Bücherei darstellt, sollte es daher veräumen, an der Veranstaltung dieses Abends teilzunehmen.

Katharinensfeld.

Die Kollekte zum Besten der zu gründenden Landbank am Anhalt des Verb. d. transil. Deutschen hat 48 000 Abl. ergeben.

Natur.

Katwoche! — Ein inhaltreicherer Wort, dessen Nennung allein genügt um vor das innere Auge, wohl der meisten, die Bilder vom Leben und Sterben Christi treten zu lassen. Bilder, wie sie die Bibel mit einfachschlichten Worten zu malen und unserem Gemüte einzuprägen versteht. — Unter dem Einfluß solcher Eindrücke hat wohl auch unser Altmeister-Daydn gestanden, als er sein Streich-Quartett „Die Heben Worte des Erlösers“ komponierte — komponieren mußte. Sein kindlich-fröhlicher Sinn gab ihm die in ihrer Einfachheit und doch so tiefen Verbindung ergreifend wirkende Harmonie ein, deren Wiedergabe wir in dem am 7. April d. J. in der hiesigen ev. Lutth. Kirche veranstalteten geistlichen Konzert zu hören Gelegenheit hatten. Den uns gewordenen Genuß verdanken wir der bekannten Streich-Quartett-Vereinigung der hiesigen Musikalischen Studie, welche im Verein mit dem Kirchenrat genanntes Konzert veranstaltete. Das Werk, welches von genannten Quartett sehr gut aufgefaßt und wiedergegeben wurde, hat leider nur den einen Fehler, daß es sich, seinem Inhalte entsprechend, in seinen Hauptteilen in den langsameren Tempi, wie Adagio, Largo, Gravo uim. bewegt und daher leicht auf den Musikgästen einen ermüdenden Einfluß ausübt; trotzdem hat es seinem inhaltlichen Werte entsprechend einen tiefen Eindruck hinterlassen. Der zweite Teil des Programms erhielt Solosätze für Violoncello, Gesang und Violine von Hänsel, Bach und anderen, deren Ausführung als wichtig gut zu bezeichnen ist. Besonders hervorzuheben zu werden verdient die Ausführung der Violoncello-Sätze des Herrn Richterwisch, dessen warmer Ton und klingendes Spiel im Largo von Hänsel und der Arie von Bach das Ohr des Hörers erquickte. Auch die Orgelbegleitung, welche sich den Solisten zu anpaßte, verdient alle Anerkennung. — Gewissermaßen ist, daß unser Kirchenrat nicht schon früher derartige Konzerte einrichtete, die, mindestens einmal im Monat aufgeführt, sich gewiß viele Freunde erwerben hätten, wie der ziemlich starke Besuch des letzten Konzertes beweisen hat. Gute Mühe in der Kirche ist auch Gottesdienst. Hoffentlich haben wir recht bald wieder einmal den Genuß eines solchen Konzertes. Emmerich Böhme.

Herausgeber der R.-B. des Verbands der transil. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red-Komitee